

- ⇒ Regierungs-umbildung
- ⇒ 50 Jahre 2.Republik
- ⇒ Türkei

Nein zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte

Nein zur dritten Republik!

Sozialistische LinksPartei / SLP
Österreichische Sektion der CWI/NAL
Kaisersstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 11 Fax 01/ 524 63 11
In @ gmx.at

Die Stationierung von Atomraketen in Österreich? In Haiders "3.Republik" kein Problem. Aber das ist nur ein kleiner Teil der gefährlichen Sprengsätze, die die F-Bewegung für uns bereit hält, falls sie an die Macht kommt. Was steckt hinter dem Konzept der "3.Republik"? Wem nützt sie? Und wer will sie?

von Sonja Grusch

Klar gestellt werden muß: Es gibt zwei große, völlig unterschiedliche Gruppen von F-Wählern. Hier sind die, die F als radikales Kampfmittel gegen Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisationen sehen. Und da sind jene, die aus Wut und Enttäuschung über die Regierung Haider ihre Stimme geben - als Ausdruck ihres Protestes. Die erste Gruppe würde vom F-Konzept profitieren, die zweite nicht.

Was Haider wirklich will!

Einen Menschen soll man nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten beurteilen. Haider spielt sich gern als „Vertreter des kleinen Mannes“ auf, als „Aufdecker von Skandalen“, als „Politischer Saubermann“. Aber wie schaut seine praktische Politik aus? F-Politiker führen sich, wenn sie Funktionen haben, mindestens

F-Programm für den kleinen Mann: Für Arbeitslose soll es „gemeinnützige Pflichtarbeit“ geben und die kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Niedriglohnbranchen sollen gesenkt werden.

genauso wie die Vertreter anderer Parteien auf. Als Haider mit Hilfe der ÖVP fast wieder Kärntner Landeshauptmann geworden wäre, wurden die Pöschchen zwischen FPÖ und ÖVP bis ins Detail ausgepackt.

Skandale der F

Skandale gab es in der F(PÖ) bereits genug: Funktionäre, die unge-rechtfertigt Arbeitslosengeld bezogen

(Lindberger) oder es zumindest versuchten (Scheibner). Ein F-Bezirksfunktionär, der nichts dabei fände, wenn mit Waffen gegen Jugendliche vorgegangen würde und selbst wegen Amtsmißbrauch vom Dienst suspendiert wurden (Brandl). RFJ'ler, die in der Öffentlichkeit als Nazis auftraten, und AntifaschistInnen mit einer Pistole bedrohten (Frauendorfer - Ex RFJ-Vorsitzender von Wiener Neustadt). Die immer wieder festgestellten Querverbindungen zwischen F und Rechtsextremen. Oder Haider selbst mit seinen diversen „Sagern“, ob über die Mißgeburt Österreich oder die ordentliche Beschäftigungspolitik.

F ist keine Partei „des kleinen Mannes“

Ein Blick auf das „Sparpaket der FPÖ“ zeigt deutlich wo die Freiheiten stehen. Für Arbeitslose soll es

„gemeinnützige Pflichtarbeit“ geben und die kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Niedriglohnbranchen sollen gesenkt werden (!). Der Durchrechnungszeitraum bei der Arbeitszeit soll verlängert werden (also weniger Bezahlung bei Überstunden) und im Bildungsbereich sollen die Klassen vergrößert werden. Als Argument gegen eine höhere Besteuerung von höheren Einkommen, meinte man, daß würde ja jene

treffen, die etwas leisten in diesem Land. Was heißt das? Die Bezieher von niedrigen Einkommen leisten nichts? Sind selber schuld, daß sie wenig verdienen? Sind sowieso alles Sozialschmarotzer?

Hinter der volksnahen Maske des Jörg H. verbirgt sich der Unternehmerfreund, der Sozialabbauer, der Kämpfer gegen Arbeiterorganisationen und Arbeiterrechte. Als Haider in Kärnten Landeshauptmann war wurden z.B. Übertritte des Lehrlingschutzgesetzes (die in den Aufgabebereich des Landeshauptmannes fallen) weniger bestraft als zuvor.

F will Polizeistaat

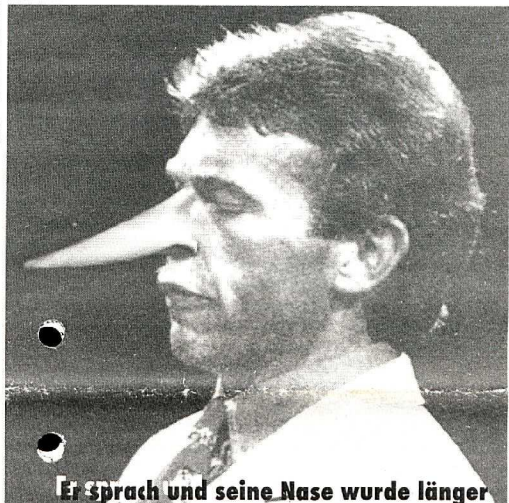
„Wien darf nicht Chicago werden“ - mit diesen Plakaten begann die F(PÖ) ihren Propagandafeldzug für mehr und besser ausgerüstete Exekutive. Auf alle wirklichen und vermeintlichen Probleme dieser Welt hat die F nur eine Antwort: Drogen - mehr Polizei; Schwarzarbeit - mehr Polizei; Jugendliche die Probleme haben - mehr Polizei; Bekämpfung der Armut - mehr Polizei.

Natürlich nur solange es die kleinen Leute trifft. Denn die FPÖ war z.B. in Wien die einzige Partei, die gegen härtere Strafen für Schwarzunternehmer“ (also solche, die Ausländer zum Billigtarif schwarz ausbeuten) eintrat.

Überdies will Haider demokratische Rechte einschränken. Unter anderem durch die Ausweitung der Kompetenzen des Bundespräsidenten.

Nein zu Haiders „3.Republik“

Haider und seine Partei sind keine Vertreter der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Das haben sie bewie-



Er sprach und seine Nase wurde länger

sen. Sie versuchen diese zu spalten - in Inländer und Ausländer, in Frauen und Männer, in „Fleißige“ und „Arbeitscheue“. Mit einem einzigen Ziel. Wenn sie nicht gemeinsam kämpfen, werden sie nichts erreichen. Die „3.Republik“ ist nichts wirklich anderes. Auch die „2.Republik“ ist nicht der Hort der Demokratie und des Wohlstandes. Die Regierungsparteien, die verbal strikt gegen die „3.Republik“ eintreten, bereiten diese in Wirklichkeit vor.

Jeder auf seine Weise: Für die ÖVP ist es ohnehin nur eine taktische Frage, mit wem sie glaubt, besser Unternehmerinteressen durchsetzen zu können. Wenn es ihm in den Kram

paßt, wird der rechte Flügel der ÖVP - der inhaltlich weitgehend ident ist mit der F - ohne weiters den Steigbügelhalter Haiders spielen.

Die SPÖ-Führung klappt angesichts der Polarisierung von rechts vollkommen zusammen. Durch ihre Sozial- und Ausländerpolitik treibt sie Haider die Menschen zu. Zurecht gibt es Empörung über das derzeitige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, die Ausbeutung und die Paketele.

Wenn wir Haider tatsächlich stoppen wollen, müssen wir eine Kraft, die diese Punkte aufgreift und mit sozialistischen Lösungen verbindet, aufbauen.

Veranstaltung:

**2.Republik
Ende einer Erfolgsstory?**

Mi 17.5.1995, 19 Uhr

**Cafe Spektrum
2, Arnezhofstr./Ecke Mumbg.**

Der Standpunkt

Ein Ausnahmezustand ist zu Ende
Einige Zeit schaute die Welt zuhause in einem Punkt in Ordnung zu sein...



Von John Evers

Einige Zeit schaute die Welt zuhause in einem Punkt in Ordnung zu sein. Gab es doch zuletzt ein energisches Vorgehen von Politzet und Justiz gegen die rechtsextreme Szene...

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der 2. Welt sterben täglich zehntausende Menschen...

Ein paar Reformen können ja nicht ändern, daher streben wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an...

Kehren neue Besen besser?

Gerade vier Monate hat die instabilste Regierung in der Geschichte der 2. Republik gehalten. Jetzt gibt es die „Koalition neu“: Rot - Schwarz - wie lange noch?

Wären jetzt Wahlen, könnten SPÖ und ÖVP gerade noch 55% der Wählerstimmen auf sich vereinen auf den ersten Blick wirkt sich dieser Niedergang am dramatischsten bei der Volkspartei aus...

Ende des österreichischen Weges

Für den Aufbruch der Nachkriegsordnung, dem Ansätze sozialer Spannungen und rechtspopulistischer Tendenzen sind in ganz Westeuropa ähnliche Gründe zu suchen...

Niedergang der ÖVP

Die Art wie die ÖVP ihre personalen Fragen regelt, trägt sicherlich das

IKL: Auf zum letzten Gefecht?

Die MitarbeiterInnen des Interkulturellen Lernens wehren sich nach wie vor gegen die Einstellung ihres Projekts. Fix ist nach wie vor nur die Kündigung aller KollegInnen per Ende Juni.

Trotz Zusagen der zuständigen Vizebürgermeisterin Laska schreiben 150 Angestellte die nur über eine befristete Aufenthaltsgenehmigung verfügen weiter zwischen Sein und Nichtsein...



Kein Ende der Abschiebungen

Der Einsatz von Sozialleistungen und „Korrekturen bei unzeitgemäßen Sozialleistungen. Helga Konrad findet das Sparpaket wenigstens „anerkennlich“...

Appellkoalition: Die Alternative?

Die neue Regierungsmannschaft der SPÖ macht dort weiter, wo die alte aufhört. „Bereichert“ wird das ganze um eine ÖVP, die noch unvollständiger mit Schwarz - Blau droht...

SPÖ: Stärkung der Offensivkraft?

Die rasche Umsetzung des SPÖ-Regierungsbündnisses wird als Zeichen der Erneuerung verkauft und soll den Protest an Sparpaket und Ausländerpolitik eindämmen...

Michael Bonvalot SJ 20

Ali Kropf SJ 20

Michael Bonvalot SJ 20
Ali Kropf SJ 20
Fackelzug

Uns recht's

Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der sozialdemokratischen Jugendorganisation ist das Ergebnis ihrer Politik...

SPÖ-ÖÖ

Am 22. April fand der Landesparteitag der SPÖ-ÖÖ statt. Er wurde unter das Motto „Ja zur Solidarabgabe“ gestellt...



Managementfehler auf Kosten der Profitabilität

Entlassungen beim Konsum

Wir wissen nicht, wie lange wir unseren Arbeitsplatz noch behalten werden. Hat uns doch die Geschäftsleitung noch Anfang März versichert, dass wir nichts zu befürchten hätten...

Neues aus der Sozialdemokratie

Nachdem voriges Jahr der traditionellen Fackelzug der sozialdemokratischen Jugendorganisationen einem inhaltsleeren Fest im Prater geopfert wurde...

SPÖ-ÖÖ

Am 22. April fand der Landesparteitag der SPÖ-ÖÖ statt. Er wurde unter das Motto „Ja zur Solidarabgabe“ gestellt...

Aktion Fairness

ÖÖB: Gemeinsam für gleiche Rechte von Arbeitern und Angestellten
Neun Gewerkschaften im ÖGB starteten diese Kampagne...

Susanne Stöckl
Niederösterreich



Sehon vor 100 Jahren lag es im Interesse der Arbeitnehmer, ArbeiterInnen und Angestellte zu spalten...

Im Laufe der Jahre wurden einige Rechte der ArbeiterInnen an jene der Angestellten angegliedert. Dennoch wird auch 1995 noch innerhalb eines Betriebes zwischen ArbeiterInnen und Angestellten unterschieden...

Die Kampagne kann von jedem/m durch seine/ihre Unterschrift unterstützt werden. Kämpfen wir gemeinsam gegen die Schlechterstellung von mehr als einem Drittel der Lohnabhängigen...

Starbacher sowieso nichts mehr wissen. Starbacher will viel mehr an Urlaub und Weihnachtsgeld herankommen...

Die SPÖ unter „praktizierter Solidarität“ versteht, haben wir bereits in Urlaub und Weihnachtsgeld herankommen...

Am 22. April fand der Landesparteitag der SPÖ-ÖÖ statt. Er wurde unter das Motto „Ja zur Solidarabgabe“ gestellt...

Kurz & Bündig

Kontaktfreudiger F-Brandl
Der ehemalige F-Beizvorsitzer, herstellvertreter von Margreten, Diemar Brandl, bekommt von seiner Nachfolgerin, Eva Engl (F), ein gutes Zeugnis ausgestellt...

Ist Wien anders?

Nachdem sich Bürgermeister Häupl wiederholt als das Sparpaket des Bundes gesteuert hat, gibt es nun auch in Wien eines...

ÖVP: (Kein Herz für Frauen
Die neue Familienministerin Moser (ÖVP) läßt ein Inserat schalten, in dem sie stolz erklärt, daß sie eine „lineare Kürzung von 100 Schilling pro Kind durchgesetzt hat“...

Die SPÖ unter „praktizierter Solidarität“ versteht, haben wir bereits in Urlaub und Weihnachtsgeld herankommen...



Zweite Republik

Die Befreiung Österreichs vom Faschismus durch die Alliierten schaffte die Voraussetzungen zur Gründung der zweiten bürgerlichen Republik. In den ersten Jahren ihres Entstehens wurden jene Weichen gestellt, die bis heute „unsere“ politischen und wirtschaftlichen System prägen. Setzen sich damals die „Gegner vorerst“ einfach an einen Tisch und begannen „eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel“?

David Mum JRE Wien-West

Die Idee einer eigenständigen österreichischen Nation, zu der sich die große Mehrheit der Bevölkerung bekannte, setzte sich erst nach 1945 durch. In der Zwischenkriegszeit galt Österreich als zweiter, kleiner deutscher Staat, dessen Lebensberechtigung sämtliche politischen Kräfte bezweifelten. Daß Österreich nach 1918 nicht Teil Deutschlands wurde, hat nur am „Anschlußverbot“ der Alliierten des Ersten Weltkriegs gelegen. Die Sozialdemokraten forderten bis 1933 die Vereinigung mit Deutschland. Es gab eine starke großdeutsche Partei im Parlament. Die Christlich-Sozialen sprachen stets von Deutsch-Österreichern. Und die Nazis nutzten später diese „Grundstimmung“ geschickt für ihre Zwecke. Der eigentliche „Erfinder“ der modernen österreichischen Nation war der Kommunist Alfred Klahr. Er verallgemeinerte die damalige Linie der KPÖ (und damit Stalins): Es geht nicht um ein sozialistisches Österreich, sondern um dessen nationale Befreiung von Deutschland. Wie „kommunistisch“ dieses Programm tatsächlich war zeigt sich daran, daß es zum Grundkonsens der Zweiten Republik wurde. Moskaus strategischen Plänen von neutralen Pufferstaaten gegenüber dem Westen kam die Idee eines unabhängigen, kapitalistischen Österreichs sehr entgegen. Die West-Alliierten waren sich zunächst über ihre Linie nicht sicher. Es gab Pläne, Österreich zu teilen. Schließlich wurde aber 1943 die Moskauer Deklaration beschlossen, in der man sich für die Entstehung eines ungeteilten Staates aussprach.

Entstehung der Republik, Provisorische Regierung

Am 13.4. nahm die Rote Armee Wien ein. Am 29.4. wurde im Rahmen die Provisorische Regierung gebildet. Staatsgründer war, wie auch schon in der Ersten Republik, Karl

gewesen. Die Wahlen Ende 45 brachten für die KPÖ eine herbe Niederlage. Sieger war die ÖVP mit 49,5%. Die SPÖ erhielt 45% und die KPÖ 5,5%. Zahlreiche austrofaschistische Funktionäre (z.B. Raab) saßen von Beginn an in der von ÖVP, SPÖ und KPÖ gebildeten Regierung. Kurz erwähnt sei auch, daß es von rechten ÖVP-Kreisen vor diesen Wahlen einen Klügling geschickten Putschversuch gab. Die KPler wurden jetzt massiv aus leitenden Positionen und dem Staatsapparat gedrängt und nicht selten durch Personen ersetzt, die im grünen oder braunen Faschismus wichtige Rollen gespielt hatten. Der Antikommunismus machte der Entnazifizierung ein jähes Ende.

Der Antikommunismus war kein Antistalinismus, der sich gegen die stalinistische Diktatur richtete. Er nahm nur die berechtigte Ablehnung des Stalinismus zum Anlaß, sämtliche linke Positionen als kryptokommunistisch zu diffamieren. So spielte er eine notwendige Rolle bei der Restauration des Kapitalismus in Österreich. Vor allem auch die SPÖ - Führung war bestrebt, sich gegenüber der ÖVP als „bessere“ antikomunistische Partei zu profilieren.

Innereparteiliche Auseinandersetzungen in der SPÖ

Die Aktivisten der SDAP der Zwischenkriegszeit gingen nach deren Zerschlagung nach dem 12.2.1934 im wesentlichen drei Wege. Ein bedeutender Teil wechselte wegen des Vergessens der SDAP beim Kampf gegen den Faschismus zur KP, andere gründeten die Revolutionären So-



Die 4 im Jeep

zialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung.“ Reaktion von Stalin: „Man kann ihm vertrauen.“ Schon die Unabhängigkeitserklärung Österreichs vom 27.4. wurde von SPÖ, ÖVP und KPÖ unterzeichnet. „Sozialistische Partei Österreichs - Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“ gegründet. Doch letztere spielten nie eine bedeutende Rolle. Die rechten Sozialdemokraten hatten in der Partei von Anfang an

das Hauptgewicht. Was waren die Ursachen dafür? Erstens hatten die RS vielmehr ÖVP durch den Faschismus zu bekämpfen als die rechten Sozialdemokraten, da sie aktiven Widerstandskampf gegen den Faschismus geleistet hatten. Überdies befanden sich unter den Linken überdurchschnittlich viele Juden. Anderserseits machte nach einem Teil der RS im Exil eine Rechtsentwicklung durch (z.B. Bruno Kreisky) bzw. arrangierte sich 45, als man die Dominanz der Rechten erkennen konnte. Was die Linken überrumpelte, war die Tatsache, daß der Faschismus nicht vom Volk durch Erhebun-



Rote Armee befreit Wien

gen, sondern durch seine militärische Niederlage gestürzt wurde. Trotzdem kam es in den 40er Jahren noch zu einer Reihe heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen. 1946 übten die Linken Kritik an Innenminister Helmer, der Faschisten in die Exekutive aufnahm, um damit Kommunisten zu ersetzen. 1947 brachte dann der Zentralsekretär Scharf als Repräsentant der Linken die sogenannte Resolution der 44 ein. Ihre Hauptpassage war, daß der Hauptfeind steht. Parteichef Scharf ging inhaltlich nicht auf die Resolution ein, sondern meinte, daß man Konsequenzen ziehen werde. Scharf wurde als Zentralsekretär abgesetzt, weil sein Nationalratsmandat niedrigeren, erhielt Funktions- und Redeverbot. Am Parteitag 1948 wurde er aus der SPÖ ausgeschlossen. Viele Linkskräfte in der SPÖ wie Josef Hindels und die Sozialistische Jugend - distanzieren sich von Scharf. Hindels meinte, die Linken müßten um jeden Preis in der SPÖ bleiben, weil sie die einzige verantwortliche Arbeiterpartei sei. Paradoxerweise lehnte er mit dieser Begründung auch die Bildung einer Fraktion ab.

Scharf und Hilde Krones traten zwar auch für linke Arbeit in der SPÖ ein, aber nicht, um bürokratische Methoden der Parteiführung einfach hinzunehmen. Ersterer gründete nach seinem Anschluß eine „Linksozialistische“ Partei, ging aber rasch zur KP und übernahm deren stalinis-

tische Positionen. Das bot der rechten Parteiführung eine willkommenen Möglichkeit: Scharf und Co waren einfache Agenten gewesen. In der SPÖ herrschte ab diesem Zeitpunkt Pogromstimmung gegen linke Positionen und Kritik. Hilde Krones beendete die 40er Jahre in diesem Klima Selbstmord, Marshallplan, Verteilung und Besetzung tun ihr übriges, um die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und der ÖVP zu rechtfertigen. Die in der SPÖ verbliebenen Linken gaben vielfach dieser Stimmung nach und versanken als politischer Faktor für eine ganze Periode in die Bedeutungslosigkeit.

Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft

Der ÖGB wurde als überparteilicher Einheitsgewerkschaftsverband gegründet, in dem sich die Parteien in Fraktionen organisierten. Er betrieb seit seiner Entstehung eine Politik der offenen Zusammenarbeit mit den Unternehmerorganisationen. Ideologisch wurde den Gewerkschaften „Verantwortung für den Gesamtzustand der (kapitalistischen) Wirtschaft“ zugeschrieben. Von Beginn an wurde damit die eigentliche Rolle der Gewerkschaften - als selbständige Interessensvertretung der Arbeitnehmer - stark eingeschränkt. Als oberstes gemeinsames Ziel galt insbesondere ein hohes Wirtschaftswachstum, da ja dann für alle mehr vom Kuchen abfiel. Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ war kein Thema!

Die Sicherung bzw. der Ausbau von sozialen Rechten in der Zweiten Republik war nie das Ergebnis von kollektiven Aktionen der Gewerkschaftsmitglieder, sondern wurde in geheimen, informellen Verhandlungen erzielt. Natürlich spielte die Angst vor der potentiellen Stärke der Arbeiterbewegung eine Rolle. Der ÖGB hatte bereits 1948 1,8 Millionen Mitglieder. Doch diese Praxis der beginnenden Sozialpartnerschaft hatte längerfristig zwei Folgen. Einerseits bildete die Zuständignisse an die Arbeitnehmer immer weiter hinter den Profitten zurück. Andererseits

führte diese Praxis zur Schwächung der Kampfkraft und zur Entpolitisierung der Mitglieder.

Die Lohn-Preisabkommen

Die Alliierten verhängten im März 1946 einen Lohn- und Preisstopp. Grundgedanke der Wirtschaftspolitik war, daß die Löhne hinter den Preisen zurückbleiben sollten. Das WIFO schrieb 1949: „Durch die Nivellierung der Löhne und Gehälter... wurde der Verbrauch möglichst niedrig gehalten und die Kapitalbindung der Wirtschaft maximiert.“ Die Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaus wurden so der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet. Diese arbeitsverfeindliche Politik war es auch, die zum Okto-



Palastdemonstration gegen Streikende

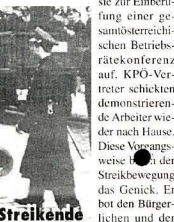
berstreik 1950 führte. Jedes der abgeschlossenen Lohn-Preisabkommen (insgesamt fünf zwischen 47 und 51) brachte massive Verschlechterungen der Reallohn mit sich. Der ÖGB sah seine Aufgabe aber nicht darin diesen Zustand zu ändern, sondern Widerstand zu verhindern. „Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes applizierte an die Arbeiterschaft, Disziplin zu halten und wilde Streikaktionen zu unterlassen.“ (Fritz Klenner, Chefideologe des ÖGB).

Die Vorraberger Nachrichten schrieben über die ersten drei Lohn-Preisabkommen: „Während das Abkommen von 1947 die Löhne um 35% und die Lebenshaltungskosten um 90% gesteigert hat, brachte das Abkommen von 1948 eine Steigerung von 7 bzw. 20% und das dritte eine solche von 11 und 20%.“ Schon nach dem 3. Abkommen regte sich Widerstand. Am 17.5. demonstrierten 170.000 Menschen in Wien dagegen. Das 4. Abkommen brachte dann das Faß zum Überlaufen. Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker usw. wurden zwischen 20% und 63% teurer. Strom um 42%, Kohle um 50%. Die Löhnerhöhungen machten durchschnittlich 10% aus.

Das Lohn-Preis-Verhältnis war somit schlechter als das von 1937. Der ÖGB sprach nichtsdestotrotz von einer Abgeltung auf Heller und Pfennig.

1950: Oktoberstreik

Der Oktoberstreik, der zwischen dem 26.9. und 5.10. 1950 stattfand, war die größte Streikbewegung der Zweiten Republik. Er fand gegen den erbitterten Widerstand der ÖGB - Führung statt. Vor den Verhandlungen forderten die Belegschaften von 88 Großbetrieben Löhnerhöhungen zwischen 15 und 30%. Bei Bekanntwerden des negativen Verhandlungsergebnisses reagierten zehntausende Arbeiter in Oberösterreich. In Wien streikten 158 Betriebe, in Niederösterreich gab es praktisch eine geschlossene Streikfront. Fatal für den Ausgang des Streiks war der von der KPÖ mitgetragene Beschluß, den sich gerade ausweitenden Streik vorläufig auszusetzen. Stattdessen rief sie zur Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz auf. KPÖ-Vertreter schickten demonstrierende Arbeiter wieder nach Hause. Diese Vorgangsweise wurde von der Streikbewegung das Genick. Er bot den Bürgerlichen und der Gewerkschafts-



Palastdemonstration gegen Streikende

führung die Möglichkeit, in der gewonnenen Zeit die Putschlage hervorzuzaubern. Es ging, so die Aussage der Legende, nicht um das Abkommen, sondern um Demokratie oder Diktatur. Die Betriebsrätekonferenz stellte der Regierung die Bedingung, das Lohn-Preisabkommen zu kündigen, was diese nicht tat. Daraufhin wurde am 4.10. der Generalsekretär ausgespart. Die Streikwelle konnte sich aber nicht mehr entfalten. Franz Olah, der bewaffnete Streikbrecher, trotz seiner CIA-Verbindungen den große Teile der Wirtschaft verstaatlicht. Einerseits handelte es sich um ein Zugeständnis an die Arbeitnehmer. Viele Unternehmer hatten mit den Nazis zusammengearbeitet, ließen alles liegen und stehlen und

Verstaatlichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden große Teile der Wirtschaft verstaatlicht. Einerseits handelte es sich um ein Zugeständnis an die Arbeitnehmer. Viele Unternehmer hatten mit den Nazis zusammengearbeitet, ließen alles liegen und stehlen und

Staatsvertrag: Ja zum Kapitalismus

Die Sowjets waren zum Staatsvertrag bereit, nachdem sich Österreich im Moskauer Memorandum vom 15.4.55 zur immervährenden Neutralität bekannte. Der Staatsvertrag wurde dann einen Monat später von Österreich und den 4 Alliierten, USA, Britannien, Sowjetunion und Frankreich unterzeichnet. Die Neutralität formell, davon unabhängig, „aus freien Stücken“ am 26.10.55 vom Nationalrat beschlossen. Zur Neutralität ist anzumerken, daß Österreich nicht nur wirtschaftlich in das westliche Lager integriert war, sondern auch militärisch in Nato-Plänen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion setzte der Druck, vor allem der Bürgerlichen, die Neutralität abzu-

Beginn einer Erfolgsstory?



Demonstration gegen Lohn-Preis-Abkommen

ter denen sich auch etliche Sozialdemokraten befanden, unter Gewaltandrohung zur Wiederaufnahme der Arbeit. In jüngster Zeit gab Fritz Klenner, Erfinder der Putschlage, zu: „daß es mir nicht gelungen ist, einen tatsächlichen Beweis (des Putschversuches) zu konstruieren.“ Weiter: „Es handelte sich sicherlich nicht um einen kommunistischen Putschversuch, aber ein Erfolg des Streiks hätte zu wachsendem Einfluß der Kommunisten im Gewerkschaftsbund geführt.“ Nach dem Streik wurden die KPler aus führenden Positionen des ÖGB gedrängt. Die Niederlage des Streiks festigte die Politik der Klassenzusammenarbeit und hat den Widerstand dagegen enorm und nachhaltig geschwächt.

Verstaatlichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden große Teile der Wirtschaft verstaatlicht. Einerseits handelte es sich um ein Zugeständnis an die Arbeitnehmer. Viele Unternehmer hatten mit den Nazis zusammengearbeitet, ließen alles liegen und stehlen und

schaffen, so fort. Die Dinge, die die Zweite Republik prägen, wurden hier aufgeführt. Doch wenn wir die Situation von heute mit damals vergleichen, so stellt sich heraus, daß vieles von vorübergehender Natur ist. Die Charakteristika der Zweiten Republik verschwanden zunehmend. Die wirtschaftliche Instabilität hat auch

Neutralität und Staatsvertrag

Die Sowjets waren zum Staatsvertrag bereit, nachdem sich Österreich im Moskauer Memorandum vom 15.4.55 zur immervährenden Neutralität bekannte. Der Staatsvertrag wurde dann einen Monat später von Österreich und den 4 Alliierten, USA, Britannien, Sowjetunion und Frankreich unterzeichnet. Die Neutralität formell, davon unabhängig, „aus freien Stücken“ am 26.10.55 vom Nationalrat beschlossen. Zur Neutralität ist anzumerken, daß Österreich nicht nur wirtschaftlich in das westliche Lager integriert war, sondern auch militärisch in Nato-Plänen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion setzte der Druck, vor allem der Bürgerlichen, die Neutralität abzu-



Franz Olah: CIA-Agent?

Österreich voll erlaubt, der Verteilungskampf wird schärfer. Die Sozialpartnerschaft wird von Unternehmenseite in Frage gestellt. Ihr Rahmen ist zu eng geworden für die geplanten Angriffe auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeitnehmer und Jugendlichen. Im politischen System drückt sich das im Umbruch der Parteienlandschaft und Mehrheitsverhältnisse aus. Die Neutralität nimmt von den politischen Verantwortlichen kaum noch jemand ernst. Und vor diesem Hintergrund hat die Haider-FPO das Konzept der 3.Republik: Unsere Aufgabe ist es, nicht die 2. Republik zu beschönigen oder Österreich nicht nur wirtschaftlich in das westliche Lager integriert war, sondern auch militärisch in Nato-Plänen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion setzte der Druck, vor allem der Bürgerlichen, die Neutralität abzu-

VORWÄRTS ABO-KARTE

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
 - 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
- Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
 - 5 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpfen VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entzweit werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Ein klarer Sozialpartnerschaft und jeder Kontakt zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberales Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ! Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Ferien sind zwar gut zum Entspannen, aber leider nicht gut für den Kampffonds. Daher haben wir von unserem April-Ziel leider nur 29,3% erreicht. Besonders gut haben wir auf dem Kongreß von JRE und der Demonstration am 20. April verlagert. Großes Interesse gab es auch auf den verschiedenen Veranstaltungen zu "50 Jahre Ende 2. Weltkrieg" und "50 Jahre 2. Republik".

Das ist aber zuwenig! Der 1. Mai war und ist ein Kampftag der Arbeiter. Und zu kämpfen gibt es nach wie vor genug. An Ausbeutung und Unterdrückung hat sich nichts Grundlegendes geändert. Sparrpaket, Unternehmergründe und die Vorstände der F machen das immer wieder deutlich. Um dagegen anzukommen brauchen wir eine Zeitung. Linke Medien bekommen vom Staat nur wenig Geld (VORWÄRTS gar keines). Wir sind auf die Unterstützung unserer LeserInnen angewiesen. Wenn ihr VORWÄRTS gut findet, dann unterstützt uns. Mit einem Abo, einer Übersendung oder ein Spendendeckel beim VORWÄRTS-Verkäufer.

KampffondsAktuell

20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%
1000	2000	3000	4000	5000	6000	7000	8000	9000

Termine

- 18.5.: Über die „Skinheads“ und die Wurzeln dieser Bewegung diskutiert die JRE-Gruppe Wien-Ost.
- 19.5.: „Ein zur dritten Republik“ erklärt die JRE-Gruppe Wien-Süd.
- 22.5.: Die Plattform „Uns reicht's - Sozialistinnen in der SPÖ wehren sich“ lädt zur Diskussion zum Thema „Geschichte der SPÖ in der 2. Republik“ mit Hugo Pepper, Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer.
- 25.5.: „Linker Terror gegen rechten Terror?“. Diese Frage eröffnet die JRE-Gruppe Wien-Nord.
- 26.5.: Die JRE-Gruppe Wien-West deckt das „braune Netzwerk“ auf.
- 26.5.: Die SJ-Weis Barrikade diskutiert mit NRAbg. Georg Oberhaider über die „Politik und Perspektiven der SPÖ“.

Wo ihr uns treffen könnt: Wien

- „Uns reicht's“ - Sozialistinnen in der SPÖ wehren sich
jeden Montag 19 Uhr
3, Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4
- JRE Wien Süd:
jeden Freitag 19 Uhr
5, „Rokpunkt“
Reinprechtsdorferstr. 6
- JRE Wien West:
jeden Freitag 19 Uhr
7, Siebensterng. 31
- JRE Wien Nord:
jeden Donnerstag 18 Uhr 45
20, Allerheiligenplatz 17
Ecke Donauerschneisenstr./
Vogartenstraße
- JRE Wien Ost:
jeden Donnerstag 19 Uhr
11, Huggasse 8

Bundesländer

- SJ Web Group Barrikade
jeden Freitag, 18 Uhr
Ecke Loystr./Eisenhoferstr.
Wels
- Zu Wiener Neustadt,
Linz und Salzburg
gibt es Infos unter der
Telefonnummer:
0222/ 59 70 432

Spende!

Um unsere Ideen besser verbreiten zu können brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die meisten Gelder! Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung. Am schnellsten geht es, wenn ihr es auf unser Konto überweist, am besten gleich mit Dauerauftrag! Danke - denn jeder Schilling zählt!

PKS 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur

200 auf erfolgreichem JRE Kongreß

Am 1. und 2. April kamen rund 200 Jugendliche zum Kongreß von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ gegen rechte Hetzer und Sozialabbau. 200 Jugendliche, die genug von FPÖ und rassistischen Gesetzen haben; 200 Jugendliche, die genug von Sparpolitik und Bildungsabbau haben. 200 Jugendliche, die aus diesen Gründen aktiv wurden!

Weltpremiere von „JRE-Österreich - Der Film“. Wir konnten auf bereits vergangene, erfolgreiche Aktionen zurückblicken (Brüssel-Demo '92, Anti-Nazi Camp u.v.m.), hörten Interviews mit JRElern aus ganz Europa über deren Arbeit.

Nach diesem Film gab es den zweiten Durchgang von Arbeitskreisen. Beim Arbeitskreis „Get organised“ nahmen Jugendliche aus mehreren Bundesländern teil, die jetzt auch in ihren Städten JRE-Gruppen aufbauen wollen.

Den politischen Abschluss des Kongreßes bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was tun gegen Rechts?“ mit John Evers (Vorwärts), Peter Pilz (Die Grünen), Woller (SPÖ).

Danach gab es natürlich noch eine legendäre „Rage Against Haider“-



Großes Interesse um Infoforum

deutigen Ergebnis, das wir nicht eine perspektivenlose Jugend sind, sondern vielerlei klare Vorstellungen von einer Zukunft haben, die nicht auf Profit aufgebaut ist.

Den Abschluß des Kongresses bildete ein Bericht von einer deutschen Genossin, der von der Arbeit der deutschen Sektion der am schnellsten wachsenden Jugendorganisation in

Europa erzählte: JRE!!!!!!! Der Kongreß war ein wichtiger Punkt für den Aufbau von JRE-Österreich. Die Ergebnisse der Diskussionen werden wir mit Euch in den Gruppen umsetzen.

20. April Demo

Am 20. April feiern die Faschisten den Geburtstag ihres Führers. Alljährlich organisiert JRE eine Demonstration gegen Faschismus, um die legendäre Nazis von der Straße zu verbannen. Heuer folgen dem gemeinsamen Aufzug von JRE und VORWÄRTS etwa 1.000 Jugendliche. Lautstark wurde die Wut über rassistische Gesetze, Jörg Haider und Naziterrorer deutlich, aber es wurden auch den Opfern des Naziregimes, des Aufstandes im Warschauer Ghetto und der Bombenanschläge gedacht. Wir konnten wieder viele Jugendliche für JRE und VORWÄRTS ansprechen. Jeder neue Aktivist ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechts. **Mach auch DU mit!**

Internationales

Rechtsruck in den USA

Der Terroranschlag in Oklahoma - City geht vermutlich auf das Konto von Mitgliedern einer der unzähligen rechtsextremen paramilitärischen Gruppen in den USA. Rassistische „Bürgerwehren“ erhalten derzeit Aufwind. Sie profitieren von der wachsenden Unterstützung einer „Law and Order - Politik“ und dem Rechtsruck im politischen System der USA.

Sybilie Uhada SJ 3

Aus den Zwischenwahlen zum Kongreß und Senat Anfang November 1994 gingen die Republikaner als klare Sieger hervor. Sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhauses erreichten sie die Mehrheit.

Ohne ihre Mitwirkung und die ihnen neuen „Speichern“, des rechtserhaltenden und zum „3. Mann im Staat“ aufgestiegenen Newt Gingrich, wird sich bei der Gesetzgebung nicht viel bewegen.

Zum Wahlkampf hatte Gingrich den „Contract with America“ präsentiert, demzufolge 100 Tage nach Antritt des neuen Kongresses die Weichen neu gestellt sein sollten: Steuererhöhungen, höhere Militärausgaben, schärfere Strafgesetze, ein ausgeglichenes Budget und verringerte Sozial- und Bildungsausgaben - alles alte Hüten aus der Reagan-Zeit.

Eine republikanische Hauptforderung, massive Steuererhöhungen, erfreut sich wachsender Popularität unter einkommensstärkeren Gruppen. In erster Linie sollen die Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen verbessert werden. Gestiegenen massiver Kürzungen vorzuschläge bei den Staatsausgaben gegenüber. Der Bezug der Sozialhilfe soll auf 2 Jahre begrenzt werden.



Marionette der Republikaner

Viele Frauen befürchten nun, daß sie im Namen von „Familienwerten“ an den häuslichen Herd zurückgeschickt und der freien Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch beraubt werden.

Minderjährige Mütter soll (aus „moralischen“ Überlegungen) die Sozialfürsorge gestrichen werden, bei neuerlichem Nachwuchs wird eine „Welfare Mother“ künftighin mit keiner Erhöhung der staatlichen Unterstützung rechnen können.

Besonders betroffen von allen Kürzungen sind Schwarze und Latinos, die noch immer zu den am meisten benachteiligten Gruppen des Landes zählen. Daß in einem kürzlich erschienenen Buch behauptet wird, daß Schwarze ein geringeres Maß an Intelligenz haben und so Sozialhilfe als verlorene Lebensmittel abgeben wird, paßt in die rassistisch gefärbte Landeskultur Amerikas.

Das „Reformer“ Clinton ist übrigens auch dafür.

Pulverfaß Türkei

Sonne, türkisches Meer, nette Menschen schlürfen einen Drink am Pool - einen Bilderbuchurlaub versprechen die Reiseveranstalter. Am 12.3.95 schossen islamische Fundamentalisten über Faschisten in ein Cafe im Istanbulerm Viertel Gaziosmanpasa, in dem sich 40% zur islamischen Gruppe der Alevisen bekennen.

Wolfgang Flurschtz SJ 3

Aleviten sind traditionell eher Unterstützer linker Parteien, viele von ihnen auch Kurden und somit stärkerer Unterdrückung ausgesetzt. Daher ist es auch kaum verwunderlich, daß die Polizei keine Anstrengungen unternahm, die Täter ausfindig zu machen. Bei den auf die Ermordung der Bahn streifen, ebenso wie das Arbeitslosengeld für sich von Istanbul aus auf andere Großstädte ausgeweitet werden (Ankara, Adana, Bursa), wurden von der Polizei 16 Menschen getötet und hunderte verletzt bzw. verhaftet.

Aber auch bei anderen Anlässen ist zu erkennen, auf welcher Seite die Staatsgewalt steht. Zum Beispiel haben im Februar '95 an der Mar-mar-Universität faschistische Ukaucas' linke StudentenInnen an der Polizei verhaftete aus schließlich Linke.

Die wirtschaftliche und politische Situation in der Türkei gleicht einem Pulverfaß. Der Tourismus, Dezember Nr. 1 der Türkei, steckt in der Krise. Seit Bomben der PKK in



Killer-Ciller

angewandt, als dies bei Saddam Hussein der Fall war.

Aber auch die Haltung der EU zur Türkei ist ein Lehrschrift für politische Doppelmoral. Einerseits macht zwar die EU eine Mitgliedschaft der Türkei in der Zollunion von Veränderungen der Menschenrechtssituation abhängig, andererseits ist die Türkei ein geringes Sicherheitsniveau. Auf den ersten Seiten, auf deren Rechnung die systematische Zerstörung von ca. 800 kurdischen Dörfern geht, wurden teils Milliarden Dollar. Die Hälfte der 500.000 Mann starken türkischen Armee ist in kurdischem Gebiet eingesetzt. Was dort passiert, geht über einen „normalen“ Bürgerkrieg weit hinaus. Bei der bisher größten Offensivstrategie wurden von der Polizei 16 Menschen getötet und hunderte verletzt bzw. verhaftet.

Aber auch bei anderen Anlässen ist zu erkennen, auf welcher Seite die Staatsgewalt steht. Zum Beispiel haben im Februar '95 an der Mar-mar-Universität faschistische Ukaucas' linke StudentenInnen an der Polizei verhaftete aus schließlich Linke.

Die wirtschaftliche und politische Situation in der Türkei gleicht einem Pulverfaß. Der Tourismus, Dezember Nr. 1 der Türkei, steckt in der Krise. Seit Bomben der PKK in

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

Wasser predigen, Wein trinken Jetzt Austreten!

Konkordat

Vor 20 Jahren mißbraucht ein Priester einen Schüler. Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht. Wir meinen: Kein Einzelfall.

von Harry Mahrer
JRE-Wien Süd

Kurt Krenn gibt Kardinal Groer theologische Rückendeckung. Frei nach dem Motto: "Es kann nicht sein, was nicht sein darf." Im „Report“ vom 11.4. erklärte Krenn, daß „die Wahrheit der Recherche“ sei „eben- sächlich die Wahrheit“ sei. Denn „es ist die Wahrheit Gottes“, der wir alle „gehörchen“ müssen.

Kirchliche Wahrheit

Als der sexuelle Mißbrauch durch den Kardinal bekannt wurde, schalteten die Kirchenfürsten Österreichs auf stur. Die „Medienhetze“ wurde angeprangert, die Vorfälle als „undenkbar“ abgetan und die Berichterstattung gar mit NS-Hetze verglichen. Eine ungläubliche Frechheit gegenüber denjenigen, die wirklich unter der Hetze litten. Als mehrere ähnliche Fälle an die Öffentlichkeit drangen und die Richtigkeit der Anschuldigungen gegen Groer immer klarer wurde, bröckelte die Kirchenmauer. Der Kardinal trat als Vorsitzender der Bischofskonferenz zurück, eine Untersuchungskommission wurde gefordert und Groer bekommt seinen Nachfolger zur Seite gestellt. Damit er sich langsam zurückzieht. Die Kirchenführung ist gespalten. Die einen wollen durch einen Rücktritt Groers bald wieder zur Tagesordnung übergehen, die anderen sehen überhaupt keinen Handlungsbedarf.

Letztere, allen voran Kurt Krenn, versuchen, das Opfer zum Täter zu

machen. Er sei ein „Judas“, also ein Verräter an der Kirche. Der mutmaßliche Täter hingegen sitzt, trotz sonst so strenger Sexualmoral, noch immer in seinem Sessel.

Zurück zum Kirchenstaat

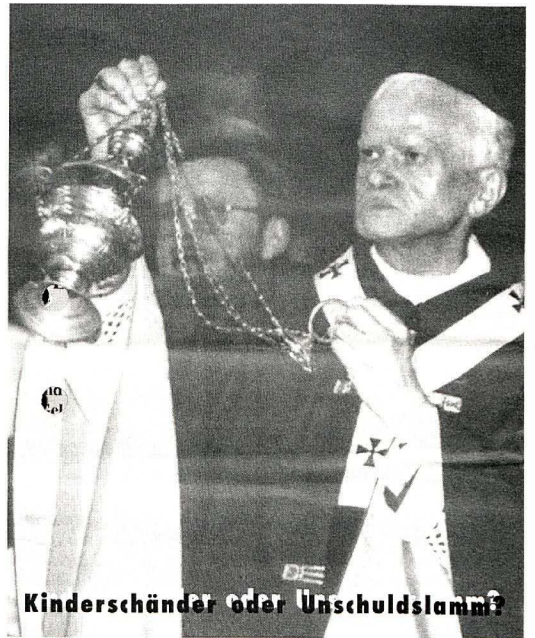
Die katholischen Fundamentalisten haben sich gesammelt. Die kirchlichen Würdenträger Schönborn, Kung; Laun, Werner, Edl. und natürlich Kurt Krenn preschen nun vor. Die Kirche habe die Wahrheit Gottes zu vertreten, auch wenn dieses unpopulär ist. Die Wahrheit Gottes ist in diesen Kreisen klar und eindeutig: Der Mensch hat sich Gottes Willen bedingungslos zu unterwerfen. Gottes Wille ist Keuschheit, Gehorsam und Konservativismus.

Im Privatverein Kirche gibt es keine Demokratie: alle Posten werden von oben vergeben. Für die Fundamentalisten ist Demokratie an sich „heidnisch“, denn der Mensch darf nicht in Gottes Lauf der Dinge dreinreden. Krenns „Europaberater“ Ro-

Spans Staatstheorien, die teilweise Vorlagen für den Austrofaschismus waren. Laut Othmer Spann heißt Demokratie „das Niedere herrschend machen über das Höhere.“ Für Romig gilt auch nur ein Menschenrecht: Das Recht auf Heimat. So läßt sich die Unterstützung für Haider's „Ausländer raus“- Begehren erklären. Zum Thema Rassismus meinte Krenn nur gelassen: "Wenn Gott selber will, daß die Leute verschiedene Sprachen sprechen, daß jedes Volk ein bißl anders ist..."

Mit den Rechtsen ist die Kirche immer schon sehr gut, besonders nach dem 2. Weltkrieg, als Nazifunktionäre und Kriegsverbrecher via Vatikan nach Südamerika geschleuft wurden. Aber auch im Austrofaschismus hatte die Kirche keine Probleme, im Gegenteil: sie spielte eine tragende Rolle. Beim Anschluß an Hitler- Deutschland rief Kardinal Innitzer dazu auf, für den Anschluß zu stimmen und unterschrieb den Aufruf mit "Heil Hitler".

Angesichts solch autoritärer Spielarten des Katholizismus, die von Krenn & Co heute noch verteidigt werden, verwundert es nicht, daß sie keinen Grund für Groers Rücktritt



Kinderschänder oder Unschuldslamm?

Die Leistungen des Bundes für die Kirchen pro Jahr	
Zuschüsse des Bundes an die katholische Kirche	460 Mio
Direkte Zuschüsse aufgrund diverser Kirchengesetze	40 Mio
Steuerliche Befreiungs-Bestimmung für Kirchen	3000 Mio
Bezahlung von Religionslehrer öffentlicher Schulen	5650 Mio
Ersatz der Personalkosten für konfessionelle Schulen	5000 Mio
Schulbücher des konfessionellen Religionsunterricht	100 Mio
Erhaltung der theologischen Fakultäten	530 Mio
Nichtbezahlung für religiösen Sendungen des ORF	800 Mio
Beitrag des Bundes zu den Religionsgesellschaften	15,58 Mrd
jährliche Kosten der Kirchen pro Erwerbstätigem: 5.000 S	

sehen. Die Meinung anderer zählt sowieso nicht, schon gar nicht die des „Judas“.

Das Kirchenvolk hat entschieden: 81% für Groers Rücktritt und 5% Unterstützung für Kurt Krenn. Aber das zählt ja eh nicht.

Nicht der Sex ist das Problem, es ist die Kirche

Die kirchliche Sexualmoral ist mehr ein Machwerk von ein paar ewiggestrigen Moralaposteln. Sie erzeugt sexuelle Unausgeglichenheit bei vielen Menschen. Sie wissen nicht, was sie

dürfen, wie sie dürfen und was sie tun sollen, wenn sie die Regeln gebrochen haben. Sie reden sich in ein permanentes Schuldgefühl hinein und werden oft depressiv. Die Menschen erleben ihre Sexualität nicht als etwas Schönes, sondern als etwas Böses, Dreckiges, als Strafe Gottes. Sie suchen nach der Lösung des Problems Sexualität, obwohl Sexualität an sich gar kein Problem ist, sondern erst durch die Kirche dazu gemacht wurde. Diese Menschen sind dann aber nicht fähig, Widerstand gegen soziale Angriffe zu leisten, da sie zu unsicher und so sehr auf ihr „Problem“ fixiert sind, daß sie kein Auge mehr für anderes haben...

Das Kirchenvolk hat entschieden: 81% für Groers Rücktritt und 5% Unterstützung für Kurt Krenn. Aber das zählt ja eh nicht.

Nicht der Sex ist das Problem, es ist die Kirche

Die kirchliche Sexualmoral ist mehr ein Machwerk von ein paar ewiggestrigen Moralaposteln. Sie erzeugt sexuelle Unausgeglichenheit bei vielen Menschen. Sie wissen nicht, was sie

dürfen, wie sie dürfen und was sie tun sollen, wenn sie die Regeln gebrochen haben. Sie reden sich in ein permanentes Schuldgefühl hinein und werden oft depressiv. Die Menschen erleben ihre Sexualität nicht als etwas Schönes, sondern als etwas Böses, Dreckiges, als Strafe Gottes. Sie suchen nach der Lösung des Problems Sexualität, obwohl Sexualität an sich gar kein Problem ist, sondern erst durch die Kirche dazu gemacht wurde. Diese Menschen sind dann aber nicht fähig, Widerstand gegen soziale Angriffe zu leisten, da sie zu unsicher und so sehr auf ihr „Problem“ fixiert sind, daß sie kein Auge mehr für anderes haben...

Religion ist Privatsache

Was jemand glaubt oder nicht, ist Privatangelegenheit des einzelnen. Wir wollen jedoch aufzeigen, wozu ein jenseitsorientiertes Leben führt. Was aber ganz sicher nicht angeht, ist, daß der Privatverein Kirche jährlich Milliarden Schilling vom Staat

bekommt und in staatlichen Schulen in einem Pflichtfach seine Ideologie verbreiten darf. Die Religionslehrer kosten pro Jahr 5.6 Milliarden (!) Schilling. Die Lehrer an katholischen Privatschulen, werden vom Staat mit 5 Milliarden Schilling subventioniert.

Das soll die Kirche selbst bezahlen, genau wie jeder andere Verein, der auch Schulen betreibt. (Oder besser noch: Wir machen Schluß mit diesem Privatschulung.) Die Trennung von Staat und Kirche muß endgültig vollzogen werden.

Kirche vertröstet uns

Wir bekämpfen die Institution Kirche. Sie will uns daran hindern, jetzt etwas zu verändern. Es kann uns dann im Jenseits das Paradies erwartet. Wenn es das Jenseits nicht gibt (wie anzunehmen ist), haben wir Pech gehabt. Wir kämpfen daher hier und jetzt um unsere Rechte und warten nicht auf irgendein Jenseits.

Kongreß von Jugend gegen Rassismus war voller Erfolg, Bericht S.6